

Newsletter Bremer Friedensforum 13/25. Dezember 2021

(Weiterleitung sehr erwünscht!)

Inhalt heute:

01. ZUM FEST DES FRIEDENS: Mindestabstand zu Moskau
02. Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg – Aufbruch für Abrüstung und Frieden
03. Deeskalation!
04. Entspannungspolitik ist nie zu Ende. Wie man vermeidet, dass ein Krieg beginnt
05. Vorschläge für eine Deeskalation im Verhältnis von Nato und Russland
06. Militarisierung in der Corona-Pandemie
07. Protest gegen bewaffnete Drohnen in Bremen
08. Offener Brief an Bremer Bundestagsabgeordnete: Weichen stellen für eine zivile Außenpolitik
09. Bericht über den 28. bundesweiten Friedensratschlag
10. IPPNW-Kommentar zum Koalitionsvertrag: Mehr Frieden und Abrüstung wagen
11. Frieden-links: Gemeinsam gegen die Bedrohungen der Lebensgrundlagen vorgehen
12. Der Fall Julian Assange: Kuschen vor den USA
13. Ergebnisse der Afghanistankonferenz "20 Jahre Nato-Krieg in Afghanistan - eine vorläufige Bilanz"
14. Gräberfeld sowjetischer Naziopfer: Exhumierung war unvollständig – Funde in jedem Grab
15. Posthum +++ E-Book von Wieland von Hodenberg
16. Buchhinweis: Bremen und Bremerhaven seit 1989 aus Sicht eines Zeitungskorrespondenten
17. Buchhinweis: zum 27. Friedensratschlag
18. Leserbriefe
19. Bremer Friedensforum im Netz
20. Termine

21. In eigener Sache

22. Datenschutz

1. ZUM FEST DES FRIEDENS

Mindestabstand zu Moskau

Die NATO-Expansion nach Osten muss gestoppt werden!

von Arnold Schölzel

Berlin. 1.600 Kilometer Luftlinie liegen zwischen Berlin und Moskau. Westliche Militärs sind Russland in den vergangenen 30 Jahren immer weiter auf die Pelle gerückt. Das Ergebnis von fast 30 Jahren NATO-Ausdehnung Richtung Osten: Der Pakt ist mit Truppen und modernsten Waffen Moskau Hunderte Kilometer näher gerückt.

Was das bedeutet, erläuterte Russlands Präsident Wladimir Putin in den vergangenen Tagen mehrfach. Am Dienstag zählte er vor Militärs »fünf Wellen« der Expansion des Blocks auf und erinnerte daran, alles habe damit begonnen, dass Angehörige der US-Armee und der US-Geheimdienste Anfang der 90er Jahre in seinem Land tätig waren. Sie hätten den Separatismus und terroristische Gruppen im Nordkaukasus unterstützt, 2002 seien die USA aus dem 1972 geschlossenen Vertrag über die Begrenzung antibalistischer Raketenabwehrsysteme (ABM) ausgetreten – »aus Euphorie über den Sieg im sogenannten Kalten Krieg«. Putin nannte es »extrem alarmierend«, dass heute »Bestandteile des globalen US-Verteidigungssystems in der Nähe Russlands stationiert« werden. Das betreffe die Raketenabwehrsysteme in Rumänien und demnächst in Polen, die auch offensiv mit »Tomahawk«-Marschflugkörpern bestückt werden könnten. Sollten USA und NATO ähnliches in der Ukraine in Stellung bringen, werde »die Flugzeit bis Moskau nur sieben bis zehn Minuten betragen, für Überschallsysteme sogar nur fünf Minuten«. Setze der Westen seinen aggressiven Kurs fort, werde Russland »angemessene militärtechnische Gegenmaßnahmen ergreifen und eine harte Antwort auf seine unfreundlichen Schritte« geben.

Auf seiner Jahrespressekonferenz am Donnerstag bekräftigte die Staatsoberhaupt, die NATO habe Russland bei ihrer Osterweiterung immer wieder getäuscht. Sein Land wolle aber einen Konflikt vermeiden und verlange deswegen entsprechende Zusagen des Militärbündnisses. Die Verhandlungen über Sicherheitsgarantien sollten Anfang nächsten Jahres in Genf beginnen. Die russischen Vorschläge dazu, die am 15. Dezember einer US-Diplomatin überreicht worden waren, seien in den USA überwiegend auf positive Resonanz gestoßen. Putin erklärte: »Ich hoffe, dass die Entwicklung der Situation in diese Richtung gehen wird.« Hier dürfe es keine Tricks geben.

Die Moskauer Angebote lösten allerdings zum Teil hetzerische Reaktionen im Westen aus. So verkündete die neue Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) am Sonntag: »Ganz klar: Der Aggressor ist Russland.« Gegenüber Bild schloss sie bei einem Truppenbesuch in Litauen eine Stationierung deutscher Soldaten in der Ukraine nicht aus. Nach einem Telefongespräch zwischen Putin und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Dienstag waren zunächst maßvolle Töne zu hören. Am Donnerstag berichteten Medien zudem, dass sich die sogenannte Trilaterale Kontaktgruppe aus Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Russland und Ukraine mit Vertretern der international nicht anerkannten »Volksrepubliken« von Donezk und Lugansk auf eine Wiederherstellung der Waffenruhe in der Ostukraine geeinigt habe. Alle Seiten hätten ihre »starke Entschlossenheit« verkündet, »die Maßnahmen zur Stärkung des Waffenstillstandsabkommens vom 22. Juli 2020 vollständig umzusetzen«, erklärte OSZE-Vermittler Mikko Kinnunen am späten Mittwoch abend.

Die NATO will jedoch keinesfalls vom Aufmarsch gegen Russland ablassen. Dessen Hauptrichtungen folgen denen der Wehrmacht im Jahr 1941. In diesen Tagen vor 80 Jahren brachte die Rote Armee den faschistischen Besatzern vor Moskau zwar die erste strategische Niederlage bei, begriffen wurde das aber in der BRD nie. Am 1. November titelte daher Springers Welt: »78 Divisionen der Wehrmacht sollten Moskau nehmen. Dann kam der Schlamm.« Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. (Junge Welt: Ausgabe vom 24.12.2021, Seite 1 / Titel)

2. Weihnachtsanzeige: Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg – Aufbruch für Abrüstung und Frieden

Frankfurt/M. Die neue Regierungskoalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP will kein Umsteuern der Außen- und Militärpolitik. Nach dem vorliegenden Koalitionsvertrag soll eine verschärfte aggressive Einkreisung Russlands und Chinas durch NATO, EU und USA unterstützt werden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen – trotz des verheerenden Afghanistan-Krieges – fortgesetzt werden. Besonders an der Westgrenze Russlands, in Afrika, aber auch im Pazifik und im Nahen Osten werden die Kriegsdrohungen lauter. Es geht um einen gesteigerten Konkurrenzkampf zur Neuaufteilung der Welt, um geostrategische und ökonomische Interessen.

Der millionenfache Tod durch Kriege, die Zerstörung von Umwelt und Infrastruktur, Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen durch die weltweite Militarisierung, aber auch durch Blockaden und Sanktionen und die Ausweitung von Armut und Umweltzerstörung dürfen nicht weiter zur Normalität gehören. Die Verschwendung von enormen – auch finanziellen – Ressourcen, die zur Lösung der bestehenden Probleme und für die Zukunft der Menschheit dringend benötigt werden, muss beendet werden.

Für eine Politik des Friedens, der Gerechtigkeit und internationalen Solidarität werden wir weiter aktiv sein und müssen wir neue Mitstreiter:innen für einen wirklichen politischen Wandel gewinnen. Eine ernsthafte und wirkungsvolle Friedenspolitik ist eine unabdingbare

Voraussetzung für die Bewältigung der vielen globalen und regionalen Krisen und Herausforderungen, die die Zukunft der Menschheit bedrohen.

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, Rassismus und Abschiebungen bekämpfen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, das schafft Perspektiven für Entwicklung hin zu globaler und sozialer Sicherheit.

Abrüsten bleibt das Gebot der Stunde. (Dieser Aufruf erschien als ‚Weihnachtsanzeige‘ am 24.12.21 in einigen überregionalen Zeitungen.)

3. Deeskalation!

Bremen. Nachdem sich in den letzten Wochen das militärische, politische und mediale Gerangel um die Ukraine brandgefährlich zugespitzt hatte und das verbale Säbelrasseln täglich schriller wurde, meldete sich unerwartet eine Stimme der Vernunft zu Wort. Und sie kommt nicht aus dem Lager der üblichen Verdächtigen. Eine illustre Gruppe ehemaliger Generäle, Botschafter und Friedensforscher, darunter selbst als ausgesprochene Hardliner geltende Militärs wie der Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, hat die Gefahr erkannt und kürzlich einen Appell mit dem Titel "Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland" veröffentlicht, der unmissverständlich konstatiert, "dass wir in eine Lage zu geraten drohen, in der ein Krieg in den Bereich des Möglichen rückt." Ihr Ziel ist es daher, "die Eskalationsspirale zu durchbrechen und Russland und NATO aus dem konfrontativen Kurs herauszuführen." Auch wenn letztlich Russland verantwortlich gemacht wird, wenn auch ohne aggressive Tonlage, ist die Liste der Verfasser erstaunlich. General a. D. Klaus Naumanns Leserbriefe der vergangenen Jahre in der FAZ klingen noch ganz anders. Vielleicht sind ihm angesichts der bedrohlichen Lage seine früheren Sünden bewusst geworden. Die Vorschläge sind durchaus diskutabel.

Bitte weiterlesen:

<https://augengeradeaus.net/2021/12/dokumentation-es-diplomaten-und-generale-rufen-zu-neuanfang-im-verhaeltnis-zu-russland-auf/>

https://www.johannes-varwick.de/rauf/AUFRUF_Raus-aus-der-Eskalationsspirale_05122021-3.pdf

4. Entspannungspolitik ist nie zu Ende. Wie man vermeidet, dass ein Krieg beginnt Prantls Blick (Auszug)

München. In diesen Wintertagen, in denen der Konflikt zwischen der Nato und Russland eskaliert, habe ich mich an einen Sommertag mit Egon Bahr erinnert. Wir saßen miteinander auf einem Bootssteg am Mittelmeer, der alte Herr war weit über achtzig - aber gut beieinander. Der Tag war heiß und wir kletterten erst einmal ins Wasser. Und nach dieser

Erfrischung dozierte er mit ruhiger Leidenschaft über Willy Brandts Ostpolitik, deren Architekt er gewesen war. Bahr erinnerte an Brandts Satz, dass der Krieg nicht ultima ratio, sondern "ultima irratio" sei. Und immer wieder sprach er davon, was der Kern und der Leitgedanke der neuen Ostpolitik gewesen sei: dass die Sicherheit des Gegners Teil unserer eigenen Sicherheit ist.

Dieser Satz geht mir nach, wenn ich daran denke, dass die USA und die Nato der Ukraine, Georgien und Moldawien die Aufnahme in das westliche Bündnis in Aussicht stellen. Dieser Satz geht mir nach, wenn ich lese, dass Russland eine Sicherheitsgarantie von der Nato fordert und einen Verzicht auf die Nato-Mitgliedschaft dieser russischen Nachbarstaaten. Dieser Satz geht mir nach, wenn ich von der russischen Truppenkonzentration an der ukrainischen Grenze lese und von der westlichen Aufrüstung in der Ukraine.

Heribert Prantl ist Kolumnist und Autor der Süddeutschen Zeitung. Seine politische Wochenschau kann hier bestellt werden: https://www.sueddeutsche.de/service/jeden-sonntag-prantls-blick-die-politische-wochenvorschau-1.4016497?utm_source=emarsys&sc_eh=5443a8be5cf396a41&sc_lid=246845707&utm_content=www.sueddeutsche.de/1.4016497&utm_campaign=Prantls_Blick_191221&sc_lid=18499&utm_medium=email&sc_src=email_2833487&sc_uid=xDJ4bYuuaf

5. Vorschläge für eine Deeskalation im Verhältnis von Nato und Russland

Bremen. Ohne mit allen Passagen des Briefes von Prof. Friedbert Pflüger übereinzustimmen, erlauben wir uns einen Hinweis auf seinen offenen Brief an Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. Seine Stimme hat insbesondere in konservativen Kreisen Gewicht. Pflüger lehrt Klima- und Energiepolitik am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS), Universität Bonn. Er war Parlamentarischer Staatssekretär in der ersten Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Am 14.12.2021 veröffentlichte das Magazin "Cicero" den offenen Brief von Prof. Pflüger an Bundesaußenministerin Annalena Baerbock:

<https://www.cicero.de/aussenpolitik/offener-brief-an-annalena-baerbock-wertegebundene-aussenpolitik-baerbock-menschenrechte-russland-china-syrien-libyen-irak-afghanistan>

6. Militarisierung in der Corona-Pandemie

Bremen. Generalmajor Carsten Breuer wurde von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Leiter eines Corona-Krisenstabs ernannt. Breuer machte im Interview mit dem Deutschlandfunk klar, dass es um eine Normalisierung des Militärischen und der Bundeswehr geht. Mittlerweile wird das Kontingent der Bundeswehr bei der Corona-Bekämpfung auf 12.000 Personen aufgestockt. Ekkehard Lentz machte im Interview mit der "junge Welt" darauf

aufmerksam, dass Breuer das Weißbuch der Bundesregierung mit verfasst hat, in dem Kriegseinsätze als notwendig für die Ressourcen- und Transportwegsicherung für deutsche Kapitalinteressen definiert werden.

Bitte weiterlesen:

<https://www.heise.de/tp/features/Die-Normalisierung-des-Militaerischen-in-Deutschland-6298803.html>

Interview in "junge Welt":

<https://www.jungewelt.de/artikel/416247.milit%C3%A4reins%C3%A4tze-im-inland-ist-das-der-versprochene-fortschritt.html>

7. Protest gegen bewaffnete Drohnen in Bremen

Bremen. Ursprünglich wollten Aktive aus dem Bremer Friedensforum den öffentlichen Appell von Forscherinnen und Forschern der Künstlichen Intelligenz und Informatik „Die Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr stoppen – autonome Waffensysteme ächten!“ bei den Parteibüros von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP persönlich vorbeibringen. Die Aktion mit Transparent und Drohnen-Attrappen war beim Ordnungsamt angemeldet und bei den Parteien angekündigt. „Aufgrund der pandemischen Entwicklung haben wir darauf verzichtet und den Appell auf dem Postweg an die Parteien geschickt, ebenso wie unser aktuelles Flugblatt

<https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/DrohnenWEB.pdf> an die bremischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Bewaffnete Drohnen ächten!“, so das Bremer Friedensforum.

Das Bremer Friedensforum bedauert die befürwortenden Aussagen des Koalitionsvertrages zu bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr, nun „unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten in dieser Legislaturperiode...“ Die Bewaffnung sei ein entscheidender Schritt in Richtung eines autonomen Krieges.

Inzwischen liegen Antworten von Reinhold Wetjen, Landesvorsitzender der SPD Land Bremen, und Tobias Hentze, Landesgeschäftsführer der CDU Bremen, vor.

Bitte weiterlesen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1419/aktuelles/Protest-gegen-bewaffnete-Drohnen-in-Bremen/>

8. Offener Brief an Bremer Bundestagsabgeordnete: Weichen stellen für eine zivile

Außenpolitik

Bremen. Das Bremer Friedensforum richtete einen offenen Brief an die bremischen Bundestagsabgeordneten der Ampelkoalitionsparteien Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt (beide SPD), Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) und Volker Redder (FDP). Darin heißt es: "...Alle internationalen Konflikte können auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Sie haben zukünftig die Gelegenheit, mit Hilfe der neuen Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag die deutsche Sicherheitspolitik neu auszurichten. Wir möchten Sie hiermit bitten, dazu beizutragen, konkrete Schritte für eine Entmilitarisierung der Politik in die Wege zu leiten und Weichen für eine zivile Außenpolitik zu stellen. Der Ausstieg aus dem scheinbar ewigen Kreislauf von Drohung und Gegendrohung, von Vor- und Nachrüstung kann erfolgen..."

Bitte weiterlesen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1412/aktuelles/Pressemitteilung-13-November-2021/>

9. Bericht über den 28. bundesweiten Friedensratschlag

Kassel/Berlin. Die antimilitaristischen Aktivist*innen riefen in einer Abschlusserklärung zu » Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg« auf. Man erklärte, dass von der neuen Bundesregierung kein grundlegendes Umsteuern in der Außen- und Militärpolitik zu erwarten sei. »Im Gegenteil, die aggressive Einkreisung Russlands und Chinas soll verschärft werden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen – trotz des verheerenden Afghanistan-Krieges – nicht beendet, sondern für die »Durchsetzung der regelbasierten internationalen Ordnung« ausgeweitet werden«, hieß es in der Erklärung des Friedensratschlags.

Die Antimilitarist*innen kamen zu dem Schluss, dass breiter Protest und Widerstand einer außerparlamentarischen Opposition erforderlich seien. »Wir werden weiter aktiv bleiben und müssen neue Mitstreiter*innen gewinnen«, hieß es in der Erklärung.

Bitte weiterlesen:

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1159286.friedensbewegung-kein-grundlegendes-umsteuern-zu-erwarten.html>

10. IPPNW-Kommentar zum Koalitionsvertrag: Mehr Frieden und Abrüstung wagen

Berlin. Die Organisation IPPNW hat den Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter die Lupe genommen in den Bereichen Atomwaffen, Friedenspolitik, Asyl- und Energiepolitik. So viel sei vorab gesagt: Eine wirkliche Politikwende wird durch den Koalitionsvertrag nicht begründet. Die IPPNW wird die Regierungspolitik in den nächsten vier Jahren begleiten und ihre Rezepte gegen Krieg, Klimakrise und für Frieden und

Abrüstung öffentlich machen.

Der Kommentar ist hier zu lesen:

https://ippnw-wahlrezepte.de/wp-content/uploads/2021/12/2021_Bewertung_Koalitionsvertrag.pdf

11. Frieden-links: Gemeinsam gegen die Bedrohungen der Lebensgrundlagen vorgehen

Bremen. Bringt der Ampel-Koalitionsvertrag Fortschritt, soziale Gerechtigkeit und Frieden? Die drei Koalitionsparteien verkaufen den Koalitionsvertrag als nachhaltiges Projekt zum Schutz der Lebensgrundlagen. Dieses Ziel setzt Frieden voraus. Doch der Vertrag bestärkt die Atom- und Hochrüstung der Nato und ihre Konfrontationspolitik gegenüber Russland und China. Sie setzt damit den Frieden aufs Spiel. Gegen diese Politik ist breiter Protest und Widerstand einer außerparlamentarischen Opposition mit einer starken Linken erforderlich, die sich für den Frieden und für die Bewahrung der Lebensgrundlagen einsetzt.

Bitte weiterlesen:

<https://frieden-links.de/2021/11/frieden-links-koalitionsvertrag/>

12. Der Fall Julian Assange: Kuschen vor den USA

Bremen. Julian Assange sitzt seit mehr als zwei Jahren in einem britischen Hochsicherheitstrakt fest, weil er Kriegsverbrechen der USA, Folter und Korruption publik gemacht hat. Ihm droht die Auslieferung an die USA. Das hat offenbar schwere gesundheitliche Folgen. Der Londoner High Court hatte es in der Hand, den Rachefeldzug der USA gegen Julian Assange zu beenden. Doch sein Urteil ist eines Rechtsstaates nicht würdig. Sevim Dagdelen, MdB: "An ihm wird ein brutales Exempel statuiert. Die US-Regierung von Präsident Joe Biden drängt unerbittlich auf eine Auslieferung, um Julian Assange den Prozess zu machen und bis zum Ende seiner Tage wegzusperren. Lasst uns 2022 gemeinsam weiter Druck machen für die Freiheit von Julian Assange und unser aller Freiheit, für eine friedliche Außenpolitik und soziale Gerechtigkeit."

Freiheit für Julian Assange, jetzt! #FreeAssangeNOW <http://freeAssange.eu>

13. Ergebnisse der Afghanistankonferenz "20 Jahre Nato-Krieg in Afghanistan - eine vorläufige Bilanz"

Frankfurt/M. Die Dokumentation der Afghanistankonferenz "20 Jahre Nato-Krieg in Afghanistan - eine vorläufige Bilanz" am 31. Oktober 2021 in Frankfurt ist jetzt weitgehend vollständig auf der Webseite dokumentiert:

<https://www.kultur-des-friedens.de/afghanistankonferenz/dokumentation.htm>

Auf der Konferenz entstand ein Spendenaufruf "Winterhilfe Afghanistan" mit der Bitte um Spenden: <https://www.kultur-des-friedens.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=2308&token=3e88d8e07064c6d16b41efaf37ef3ebc48310e77>

"Wir Organisatoren der Konferenz fordern von den Regierungen Deutschlands und der NATO-Partner, unverzüglich die zuständigen Hilfsorganisationen wie das Welternährungsprogramm und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen mit ausreichenden Mitteln auszustatten, um die sich abzeichnende humanitäre Katastrophe abzuwenden. Um selbst einen Beitrag zu leisten, verbinden wir unsere Forderung an die westlichen Regierungen mit einem Aufruf zur Hilfe für notleidende Menschen in Afghanistan."

14. Gräberfeld sowjetischer Naziopfer in Bremen: Exhumierung war unvollständig – Funde in jedem Grab

Bremen. Im Frühling dieses Jahres haben die "Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu" und das "Bremer Friedensforum" die Behörden und später auch die Öffentlichkeit auf den zentralen Friedhof für sowjetische Kriegsoffer an der Reitbrake aufmerksam gemacht. Die Stadt Bremen hatte die Existenz vergessen und zunächst geleugnet. Bis heute konnten über 400 sowjetische Opfer, die dort bestattet wurden, namentlich identifiziert werden. ([HTTPS://RB.GY/Y7G3XQ](https://rb.gy/y7g3xq) , [HTTPS://RB.GY/N51ELE](https://rb.gy/n51ele)) Grundlage der Nachforschung waren historische Ausarbeitungen von Harry Winkel und Peter-Michael Meiners (RB.GY/OFCIOT).

Kürzlich berichtete die Bremer Landesarchäologin Prof. Uta Halle über die Grabungen in Bremen-Oslebshausen: Die Grabungen an der Reitbrake brauchen mehr Zeit. Die Landesarchäologin schafft es nicht bis März. Mittlerweile wird mit einem Abschluss gegebenenfalls auch erst im Frühsommer kommenden Jahres gerechnet. Grund hierfür sind die zahlreichen Funde. In jedem Grab, das geöffnet wird, finden sich Körperteile. Zum Teil sind die „Individuen“ so „dicht an dicht zusammengepackt, dass sie erst vorsichtig getrennt werden müssen“ berichtet die Landesarchäologin Prof. Dr. Halle. Und weiter: „Jedes Grab ist zur Zeit eine Überraschung.“ Der Abgeordnete Claas Rohmeyer (CDU) bewertete die Festlegung des Bürgermeisters Andreas Bovenschulte für eine Gedenkstätte in Bremen-Osterholz zu einem so frühen Zeitpunkt als „irritierend“.

Bitte weiterlesen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1420/aktuelles/Russenfriedhof-Exhumierung-war-unvollstaendig-Funde-in-jedem-Grab/>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1414/aktuelles/Russenfriedhof-in-Bremen-Oslebshausen/>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1411/aktuelles/Pressemitteilung-11-November->

[2021/](#)

15. Posthum +++ E-Book von Wieland von Hodenberg

Bremen. Das Bremer Friedensforum musste kürzlich Abschied von seinem treuen Freund, einem geradlinigen und bescheidenen Menschen, Wieland von Hodenberg, nehmen. Ihm zu Ehren hat Gerolf. D. Brettschneider von der "Initiative Bremer Montagsdemo" ein E-Book mit rund 200 Beitragsmanuskripten erstellt, die Wieland ihm für die Montagsdemo-Homepage überlassen und deren redaktioneller Bearbeitung er zugestimmt hat. Wie aus einem Tagebuch spricht der Bewusstseinsstrom einer mit großer Leidenschaft betriebenen friedenspolitischen Kleinarbeit.

Das E-Book steht zum Download auf der Website des Bremer Friedensforums:

<https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/zitzer.pdf>

16. Buchhinweis:

Eckhard Stengel BREMER RUNDSCHAU

Bremen und Bremerhaven seit 1989 aus Sicht eines Zeitungskorrespondenten/Drei Jahrzehnte im Rückblick: Ein Geschichts- und Geschichtenbuch

Bremen. Im Bremer Kellner-Verlag ist jetzt ein Buch erschienen, das auch Themen aus der Friedensbewegung behandelt: „Bremer Rundschau. Bremen und Bremerhaven seit 1989 aus Sicht eines Zeitungskorrespondenten“. Darin präsentiert der freiberufliche Bremen-Korrespondent Eckhard Stengel seine interessantesten Artikel und Fotos, die er in der „Süddeutschen Zeitung“, der „Frankfurter Rundschau“ und anderen Medien veröffentlicht hat. Dazu zählen auch Artikel über den Kultur- und Friedenspreis der Villa Ichon und Porträts von Ludwig Baumann, Bernhard Docke, Heinrich Hannover, Klaus Hübötter und Murat Kurnaz.

Das 420-Seiten-Werk kostet 24,90 Euro und ist über jede Buchhandlung zu bekommen. Direktkontakt zum Verlag per Mail, Internet, Post oder Telefon: KellnerVerlag, St.-Pauli-Deich 3, 28199 Bremen, Telefon: 0421-77 8 66; Mail: info@kellnerverlag.de, Internet: www.kellner-verlag.de / <https://www.kellnerverlag.de/bremer-rundschau.html>

17. Buchhinweis:

Weltkriegsgefahren entgegentreten – Wandel zum Frieden einleiten

Kassel. Das Buch zum 27. Friedensratschlag in Kassel 2020 kann im Buchhandel gekauft oder direkt beim Verlag bestellt werden. Diese Ausgabe der Kasseler Schriften zur Friedenspolitik

enthält wie ihre Vorgängerinnen Beiträge von Autorinnen und Autoren aus Friedensforschung, Friedensbewegung und Gewerkschaften: *Martin Dolzer *Regina Hagen *Barbara Heller *Lühr Henken *Klaus Moegling *Norman Paech *Marius Pletsch *Axel Richter *Anne Rieger *Bernhard Trautvetter *Konstantin Wecker *Frank Werneke *Johanna Zimmermann. Abweichend zu den Vorjahren trafen sie sich coronabedingt nicht persönlich in den Räumen der Universität Kassel, sondern erstmalig per Videokonferenz. Der 27. Friedensratschlag stand nach der US-Präsidentenwahl 2020 schon ganz im Zeichen der Bundestagswahl 2021. Unter dem Motto „Weltkriegsgefahren entgegentreten – Wandel zum Frieden einleiten!“ wurde analysiert, welche lebenswichtigen Themen Friedensbewegte vordringlich in den Wahlkampf einbringen wollen, um möglichst gute Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie von der neuen Bundesregierung in ihrem Sinne umgesetzt werden. Das Buch kostet im Handel 10,- Euro. Bestellungen von Privatpersonen beim Verlag sind innerhalb Deutschlands versandkostenfrei. Für Gruppen bietet der Verlag Sonderkonditionen: Die Bücher können in Kommission beim Verlag geordert werden. Bei der Abrechnung wird ein Rabatt von 30 % gewährt (= 3,- Euro pro Buch). Helft bitte aktiv mit bei der Verbreitung des Buches!

>**Kontakt**daten: Antiquariat & Verlag Winfried Jenior, Marienstr. 5, 34117 Kassel, Tel: 0561 – 7391621, E-Mail: info@jenior.de, www.jenior.de

18. Leserbriefe

Und Russlands Interessen?

Nahezu täglich gibt es Berichte über russische Manöver an der Grenze zur Ukraine. Zum Gesamtbild gehören aber auch diese Fakten: Seit 2014 haben die USA mehr als 2,5 Milliarden Dollar für die Aufrüstung der Ukraine aufgewendet und liefern wie Polen, Tschechien und die Türkei Flugabwehrsysteme, Panzer, Helikopter und Drohnen. Britische Militärs haben inzwischen mehr als 21000 Ukrainische Soldaten ausgebildet. Es befinden sich Soldaten der NATO im Land, und im Sommer fanden die größten NATO-Manöver seit 1997 im Schwarzen Meer statt. Nicht zuletzt baut die NATO ihre Zusammenarbeit mit der Ukraine aus, indem sie dieses Land auch in ihre Gremien einbindet, wie jüngst beim Treffen der NATO-Außenminister in Riga. Bisher galt für Russland eine direkte Aufnahme der Ukraine in die NATO als Überschreitung der „roten Linie“. In der Realität wird dagegen längst eine mehr oder weniger verdeckte Integration vollzogen. Hat nicht auch Russland nach den Erfahrungen der beiden Weltkriege und der NATO-Osterweiterung legitime Sicherheitsinteressen? Man stelle sich vor, was die USA Unternehmen würden, wenn eine Russisch-Kubanische Militärallianz Mexiko als Vorposten gewinnen wollte. Für Deutschland als NATO-Mitglied und die neue Bundesregierung muss in enger europäischer Nachbarschaft zu Russland und zur Ukraine die Friedenserhaltung unter der Bedingung eines gleichberechtigten Interessenausgleichs oberstes Ziel sein. Anne Biermann-Asseln, Bremen

Gräberfeld sowjetischer Naziopfer in Bremen-Oslebshausen als Gedenkstätte in Gefahr

Die Problematik des Gräberfelds erscheint primär als eine regional-politische bzw. wirtschaftliche Angelegenheit. Tatsächlich jedoch handelt es sich um eine Verantwortung für Entscheidungen, die in ihrer ethischen Bedeutung für das kulturelle Gedenken aller NS-Opfer gesamtdeutsch bestimmend sein sollten/sind. Denn hier geht es um die Frage, ob wir zusehen wollen, dass für die Zulassung und Pflege von Gedenkstätten der NS-Opfergruppen die ethnische Zugehörigkeit erneut eine Rolle spielen darf. Eine Form von Hierarchisierung, die sich auch nur annähernd der NS-Normen des Zwangsarbeitersystems bediente, wäre im juristischen und politischen Kontext und dementsprechend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein verheerendes Zeichen. Nicht zuletzt international. Deutschland hat jahrzehntelang auf schwierigem Weg eine historische Aufarbeitung der Shoah und eine Wiedergutmachung für viele jüdische Opfer zu praktizieren versucht, um letztlich gewisse Heilung, Verstehen und neue gegenseitige Annäherung zu ermöglichen. Weltweit wurde dies mit großer Achtung gewürdigt. Es wäre wünschenswert, wenn einem anderen sehr dunklen Fleck im deutschen Geschichtsverständnis ebenfalls öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt würde. So forderte Bundespräsident Steinmeier in Gedenkfeiern zum 80. Jahrestag des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion 2021 mehrfach, dass auch die sowjetischen Kriegsoffer Anerkennung verdienen. Denn kein anderer Staat im Zweiten Weltkrieg hätte mehr Opfer zu beklagen als die Sowjetunion: „Und doch sind diese Millionen nicht so tief in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt, wie ihr Leid, und unsere Verantwortung, es fordern.“ Eva König-Werner, Berlin, ehemals friedensbewegte Bremerin

19. Bremer Friedensforum im Netz

Bremen. Mehr Informationen bringt die Internetseite des Bremer Friedensforums. Wir empfehlen auch die täglich mehrfach aktualisierte Facebook-Seite des Bremer Friedensforums. Friedenspolitische News aus Bremen gibt es auch auf Twitter und Instagram. Bitte liken, teilen, folgen und abonnieren!

<https://www.bremerfriedensforum.de>

<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlantz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

20. Termine

* Termine aus der Friedensbewegung: <https://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

* Weitere Informationen aus der Friedensbewegung: <http://www.friedensratschlag.de>

* Regelmäßige Termine in Bremen:

+ **Jeden Donnerstag**, 17 bis 18 Uhr, Mahnwache Bremer Friedensforum, derzeit wieder

Liebfrauenkirchhof/Sögestraße

+ **Jeden dritten Freitag im Monat**, 12 bis 13 Uhr, Mahnwache gegen die Rüstungshochburg Bremen an der Domsheide (vor "Kapitel 8")

+ **Jeden Freitag**, 17 Uhr, Kundgebung der "Nordbremer Bürger gegen Krieg", Bremen-Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße/Breite Straße

> **Freitag, 7. Januar 2022** - 20 Uhr, Simon-Petrus Kirche, Habenhauser Dorfstraße 42, 28279 Bremen, A Place for Peace, Benefiz-Session für das Friedensdenkmal in Habenhausen: Anlässlich der Erweiterung des Gefallenendenkmals an der Habenhauser Dorfstraße 10 um die Errichtung einer Kunstfigur

zum Thema Frieden spielen über zehn Bremer Jazzmusiker ein Benefizkonzert. In ständig wechselnden Formationen spielen die Akteure Jazz der letzten 50 Jahre aus aller Welt, getreu dem 50 Jahre alten John Lennon/Yoko Ono Song "Give Peace a chance". Eintritt frei. Spenden erbeten. E-mail: buero@simon-petrus.de

21. In eigener Sache

Bleiben Sie bitte dem Bremer Friedensforum gewogen und sparen Sie nicht mit Vorschlägen, Ergänzungen, Texten und anderen Reaktionen an: info@bremerfriedensforum.de. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gern darauf hinweisen, dass das Bremer Friedensforum auf ehrenamtlicher Basis arbeitet.

Und: Friedensarbeit kostet auch Geld! Im Unterschied zu Rüstungsproduzenten erhalten wir keine staatliche Unterstützung aus Steuergeldern, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (für das Bremer Friedensforum), IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06, BIC: PBNKDEFF. Danke!

22. Datenschutz

In unregelmäßigen Abständen erhältst Du/erhalten Sie von mir/uns einen Email-Newsletter über Neuigkeiten aus dem Arbeitsbereich des Bremer Friedensforums. Ab dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass Deine/Ihre persönlichen Daten nach der neuen Verordnung nur mit Deiner/Ihrer Einwilligung verarbeitet werden dürfen. Gerne möchte(n) ich/wir Dich/Sie auch weiterhin mit Informationen versorgen. Sollte dieses jedoch in Zukunft nicht mehr erwünscht sein, bitte(n) ich/wir um eine kurze und formlose Email an: info@bremerfriedensforum.de. Wir nehmen euch dann aus dem Verteiler. Möchtest Du/möchten Sie auch weiterhin unseren

Newsletter bekommen, brauchst Du/brauchen Sie nichts unternehmen. Siehe auch
Datenschutzerklärung: <https://www.bremerfriedensforum.de/Datenschutz>